

Peter Brandt

»Identitäre Angebote«?

In den Ausgaben 6 und 7/8 (2016) dieser Zeitschrift haben Michael Bröning und Ralf Melzer eine unvermeidliche Diskussion über den richtigen Umgang mit der AfD bzw. dem Rechtspopulismus initiiert. Ich möchte hier nur an einem, allerdings wesentlichen Punkt intervenieren, der bei Bröning allzu nebulös bleibt. Er schreibt im Anschluss an einige bedenkenswerte Überlegungen, gefragt sei »eine Synthese aus sozialdemokratischer Wirtschafts- und Sozialpolitik mit partiell auch konservativeren Normen im identitären Bereich«.

Unterstellen wir, man könne einigermaßen sicher definieren, was heutzutage den Kern sozialdemokratischer Wirtschafts- und Sozialpolitik ausmacht, und wenden wir uns dem anderen Element zu, das in die imaginierte Synthese eingehen soll: die »konservativeren Normen im identitären Bereich«. Vernachlässigen wir die Frage, ob die Charakterisierung als »konservativer« passt, und wenden uns vielmehr der Frage zu, was es mit dem »identitären Bereich« auf sich hat, wiederum beiseite lassend, ob Begriff und Konzept kollektiver Identität analytisch überhaupt stimmig sind.

Immerhin wird der Schutz der nationalen Identität der Mitgliedstaaten in zentralen Dokumenten der Europäischen Union als eine ihrer wesentlichen Zielbestimmungen genannt. Schon auf dieser Ebene wird deutlich, dass das Nationale und das Internationale, hier in Gestalt des Paneuropäischen, nicht entgegengesetzt gedacht werden müssen, was übrigens auch mit den repräsentativen Befragungsergebnissen des Eurobarometers seit Jahrzehnten übereinstimmt. Der Nationalstaat, diese typisch europäische Hervorbringung, hat nicht nur die Scheußlichkeiten des 20. Jahrhunderts zu verantworten; er hat im 18. und 19. Jahrhundert der Herausbildung des Verfassungsstaats, dann der parlamentarischen Regierungsweise und der Demokratie partizipatorischen Raum gegeben, grundlegende historische Voraussetzungen des europäischen Projekts. Die wesentlichen Probleme der Gegenwart stellen sich den Einzelstaaten nicht wesentlich anders als der EU. Das betrifft die Migration und die Massenflucht aus dem globalen Süden, die Umweltpolitik und die Frage, ob es gelingen wird, das europäische Zivilisationsmodell, zu dem der Sozialstaat inzwischen untrennbar gehört, erfolgreich zu verteidigen, auszubauen und weiterzuentwickeln: gegen autoritäre Versuche nicht nur im Osten des Kontinents ebenso wie gegen die marktliberale Auffassung demokratischer Freiheit in Nordamerika und generell gegen den von dem finanzmarktgesteuerten, globalen Kapitalismus ausgehenden Druck.

Es mag sein, dass nach dem souveränen Nationalstaat alten Typs (von dem wir hoffen, dass er in Europa nicht wieder an Bedeutung gewinnt) auch die soziokulturellen und politischen Gemeinschaften der Nationen eines Tages in der größeren Einheit

aufgehen werden. Auf absehbare Zeit ist der vielberufene gesellschaftliche Zusammenhalt ohne sie nicht vorstellbar. Um diese Feststellung zu treffen, muss man keiner unhistorischen und harmonisierenden Vorstellung des Nationalen aufsitzen. Lebendige Nationalkulturen leben von dem Kontakt nach außen und nehmen von dort ständig neue Elemente auf, und sämtliche europäischen Völker sind im ethnisch-anthropologischen Sinn Mischvölker. Schon die gegenüber der Nationsbildung seit dem 18. Jahrhundert ursprünglichere Entstehung der Völker im ethnischen Sinn (Ethnogenese) muss im Wesentlichen als gesellschaftlicher und politischer, nicht als rassenbiologischer Vorgang verstanden werden. Auch die bekanntlich viele irrationale Elemente einschließende nationale Identifikation der jeweiligen sich zugehörig Fühlenden ist nicht unveränderlich; es liegt umfangreiches repräsentatives Umfragematerial vor, das eine über die vergangenen sieben Jahrzehnte bemerkenswerte Zivilisierung dessen zeigt, was im positiven Sinn für »typisch deutsch« gehalten wird. All das bedeutet jedenfalls nicht, dass das Nationale etwas rein Fiktives oder Willkürliches, zudem für die freie individuelle Entscheidung Verfügbares wäre. (X will gern Deutscher sein, Y sieht sich nur noch als Weltbürger.) Politisch gesehen geht es nicht in erster Linie um persönliche Empfindungen, sondern um die Einschätzung der objektiven Bedeutung des Nationalen noch im 21. Jahrhundert. Selbst in einem (von mir befürworteten, aber in absehbarer Zeit leider kaum zu erwartenden) europäischen Bundesstaat würden die alten Nationalstaaten (als Bausteine des neuen Hauses) und allemal die Nationen als Kommunikations-, Bewusstseins- und Gefühlsgemeinschaften weiterhin eine wichtige Rolle spielen.

Der als Ersatz für traditionellen Nationalpatriotismus angebotene Begriff des Verfassungspatriotismus ist sinnlos, wenn er, wie bei manchen seiner Befürworter, auf einen demokratischen Menschenrechtsuniversalismus reduziert wird. Dieser wäre für jeden Staat ähnlicher Grundordnung nämlich letztlich identisch; eine besondere Verbundenheit mit dem konkreten Gemeinwesen und seinen Bewohnern ließe sich daraus nicht ableiten. Einen Sinn und eine politisch-kulturelle Funktion könnte »Verfassungspatriotismus« nur dann erlangen, wenn die spezifisch deutschen Traditionen (Konstitutionalismus und Demokratie), die in das Grundgesetz eingegangen sind, und allgemeiner: die vielfältigen freiheitlichen Bestrebungen in der deutschen Geschichte mindestens seit dem Bauernkrieg zum Inhalt gemacht würden. So wie für die Briten, bei denen ein zentrales Verfassungsdokument gar nicht existiert, die spezifische Freiheitstradition für das Verständnis von Patriotismus bestimmend ist und immer noch Raum lässt für dessen unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Inhalt.

Die Bedeutung von Kategorien wie Volk, Nation und Patriotismus ist nicht ein für alle Mal festgelegt; sie muss vielmehr stets neu ausgehandelt und ausgefochten werden. Günstigenfalls gibt es in demokratischen Staaten einen nicht zu kleinen Kernbestand eines gemeinsamen nationalen Selbstverständnisses.

In der heutigen Bundesrepublik Deutschland hat sich die Auffassung durchgesetzt, dass die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit, insbesondere dem Judenmord, dazu gehört, ebenso die europäische Einbindung, das außenpolitische Friedensgebot und die internationale Kooperation. Wer diese Postulate grundsätzlich ablehnt, stellt sich außerhalb eines bislang breit unterstützten Grundkonsenses. Das

negative Erbe provoziert indessen zugleich die Frage nach dem Positiven, nach unserer eigenen freiheitlichen Tradition. Wer das Bewusstsein für die NS-Menschheitsverbrechen für die kommenden Generationen wach halten will, wird den Jungen auch positive Identifikationsangebote machen müssen, angefangen mit dem antifaschistischen bzw. antihitlerischen Widerstand in allen seinen Formen und seiner ganzen weltanschaulichen Differenziertheit. Das andere Deutschland war eben auch das andere Deutschland, selbst quantitativ nicht ganz so klein, wie es heute gern suggeriert wird.

In der Geschichte der Sozialdemokratie stand der Internationalismus nicht im Gegensatz zu einem Nationsbegriff, der auf nationale Selbstbestimmung und demokratische Selbstregierung sowie auf die Hereinnahme der »Hintersassen der Nation« (Otto Bauer), der Arbeiter und Bauern, in die nationale Kulturgemeinschaft abhob. Das Nations- bzw. Vaterlandsverständnis der SPD um 1900 war fundamental-oppositionell gegen das herrschende System gerichtet, es war aber weit entfernt von nationalem Nihilismus oder auch nur nationaler Indifferenz. Und in der Weimarer Republik unternahmen die SPD und ihre verbündeten Organisationen, namentlich das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, erhebliche Anstrengungen, um die Konturen eines eigenen, republikanischen Nationalpatriotismus erkennbar zu machen und der Reaktion sowie dem völkisch-antisemitischen Nationalismus entgegenzusetzen, während sie zugleich ein außenpolitisches Konzept einer neuen, kooperativen und in Ansätzen europäisch-föderativen internationalen Ordnung entwickelten. Die Sozialdemokratie der frühen Bundesrepublik setzte diese Linie im Wesentlichen fort. Wenn sie auch – hauptsächlich wegen der deutschen Teilung – Adenauers Linie des unbedingten Vorrangs der Westintegration widersprach, so machte sie doch stets klar, dass sie Deutschlands Platz als den eines (gleichberechtigten) Gliedes in einem möglichst umfassenden europäischen Verbund mit allseitigen Souveränitätseinschränkungen sah.

Man darf das für überholt, sogar, im Rückblick für einen Fehler halten. Man darf aber nicht die tiefe und lange Verbundenheit der SPD mit dem Volk der Deutschen, dem »schaffenden Volk in Stadt und Land« (Görlitzer Programm von 1921) wie dem »Volk der Dichter und Denker«, und mit dem deutschen Vaterland (wie man einstmals sagte) unterschlagen und so tun als wäre ihr tradierter Internationalismus identisch mit dem heutigen urbanen, »vaterlandslosen« Kosmopolitismus eines Teils der linken Intelligenz, der jeden Bezug auf das ethnisch-kulturelle Volk für »völkisch« und jede Bezugnahme auf die Nation, die nicht ausschließlich negativ gemeint ist, für »nationalistisch« hält. Eine solche Verdammung würde nämlich auch die Tradition der Sozialdemokratie einschließen, der wichtigsten historischen Kraft gegen den Nationalismus, Imperialismus und Militarismus der Rechten in diesem Land seit ihrer Gründung. Neben dem der Klasse bis in die 50er Jahre war der Begriff des Volkes, hauptsächlich als politisches Volk (= Demos) und als soziales Volk (= Volksmassen gegen die Eliten) seit jeher eine zentrale Anrufungsinstanz der SPD in ihren politischen Botschaften.



Peter Brandt

ist Professor (i.R.) für Neuere deutsche und europäische Geschichte und ehrenamtlich Direktor des interdisziplinären Dimitris-Tsatsos-Instituts für Europäische Verfassungswissenschaften (DTIEV) an der Fernuniversität Hagen.

peter.brandt@fernuni-hagen.de